

Globale Finanzkrise – Krise des Kapitalismus

I Editorial

II Verlauf und Folgen der Krise

Von der Suprime-, zur Banken-, zur Wirtschaftskrise

1

III Ursachenanalysen

III.1 Deregulierung des Finanzkapitalismus

III.2 Überakkumulation von Kapital

III.3 Die Krise des Realkapitals

5

IV (Staatliche) Gegensteuerung

IV.1 „Finanzspritzen und „Verstaatlichungen“

IV.2 Re-Regulierung der Finanzmärkte

IV.3 Konjunkturpolitik

7

V Alternativentwürfe

V.1 Alternative Wirtschaftspolitik

V.2 New Green Deal

V.3 Globale Auswirkungen und Perspektiven

V.4 Steuerflucht und ihre Bekämpfung

8

VI Kapitalismusbilder

VI.1 Die Krise existiert nicht

VI.2 Keine Krise des Kapitalismus?

VI.3 Gutes Real-, böses Finanzkapital?

10

VII Vermischtes

11

I Editorial

Liebes Denknetz-Mitglied, sehr geehrte LeserInnen,

Die Krise ist angekommen. Angekommen im Bewusstsein der Menschen, in der Berichterstattung und nun auch - statistisch signifikant – in der sogenannten Realwirtschaft. Von einer Jahrhundertkrise ist die Rede, zunehmend werden Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre gezogen. Der vorliegende Infobrief versucht eine Orientierung zu bieten im undurchsichtigen Geflecht der Fragestellungen, Verlaufs- und Ursachenanalysen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Angesichts der Aktualität und der Bedeutung der Thematik fällt er weitaus ausführlicher aus als üblich – wir hoffen, damit einem breiten Bedürfnis zu entsprechen.

Begleitend zu diesem Infobrief haben wir ein Glossar der wichtigsten (Un-)Begriffe der Finanzwirtschaft angelegt, abrufbar unter:

www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Glossar.pdf

Bei all dem Krisengewitter, dass zweifelsohne die Lebensverhältnisse vieler Menschen noch weiter verdunkeln wird, sollte dennoch im Blick bleiben, worauf ein Wort des russischen Schriftstellers Anton Tschechows hinweist:

„Eine Krise kann jeder Idiot haben. Was uns zu schaffen macht, ist der Alltag.“

II Verlauf und Folgen der Krise

Die aktuelle Finanzkrise kommt wenig überraschend. Ihre Ursprünge reichen bis in die 1970er Jahre zurück. Zahlreiche Vorläufer in der jüngeren Vergangenheit zeugen von einem forcierten Tempo aufeinander folgender Krisen: Die „Tequila“-Finanzkrise von Mexiko (1994-95), die Finanz-Krise in Asien (1997-98), die russische Finanzkrise (1996), der New-Economy Aktien-Crash (2001) und der Finanz-Zusammenbruch in Argentinien (2002). Als Ausgangspunkt der neueren Krise lässt sich jedoch die Spekulation auf dem amerikanischen Immobilienmarkt identifizieren (Subprime-Krise).



Dieses Symbol verweist auf einen Text, der innerhalb des PDF Formats per Mausklick abgerufen werden kann. Die URL wird für das Arbeiten mit dem Ausdruck vollständig angegeben.

Redaktion: Holger Schatz. Dank geht an Beat Ringger für Anregungen für diese Nummer. Der Infobrief erscheint ca. 4 mal pro Jahr. Ältere Ausgaben sind auf unserer Homepage abrufbar. Kontakt: [mailto:newsletter\(at\)denknetz-online.ch](mailto:newsletter(at)denknetz-online.ch)

Von der Suprimekrise

Seit dem Jahr 2000 begannen amerikanische Banken zunehmend das Geschäft mit Hypothekarkrediten zu optimieren. Aufgrund steigender Immobilienpreise sowie niedriger Zinsen entwickelte sich ein lukrativer Markt mit einer schier unbegrenzten Nachfrage bei den Privathaushalten. Die Preise schienen endlos zu steigen und die sich verschuldenden Haushalte glaubten, unterm Strich eine gute Wertanlage zu besitzen. Die Banken wiederum versuchten so viele Kredite wie möglich zu vergeben, denn auch sie versprachen sich Traumrenditen. Es setzte ein regelrechter Wettlauf um Schuldner ein, selbst um jene, die eigentlich „kreditunwürdig“ waren. Neue Finanzinnovationen dynamisierten diesen Markt zusätzlich. So wurden die Kredite von den Banken einfach in gebündelten Wertpapiertranchen weiterverkauft und damit das Risiko weitergegeben (Verbriefung bzw. Securitisation).

Nachfrage seitens Hedge Fonds, Pensionsfonds, Investmentbanken gab es genug solange die Preise stiegen. Der Verkauf von Krediten hatte zudem den Vorteil, dass diese aus den Bilanzen der Banken verschwanden und auf diese Weise die rechtlichen Vorgaben aus dem sogenannten „Basel I Abkommen“ umgangen werden konnten: Dieses sah die Begrenzung der Kreditvergabe in Abhängigkeit der jeweiligen Eigenkapitalausstattung der Bank vor: Diese sollte mindestens 8% des gesamten Kreditvolumens erreichen. 2007 wurde dieses Abkommen als „Basel II“ dahingehend präzisiert, dass die Kreditvorgabe an strengere Bonitätsprüfungen der Schuldner gebunden wurde. Doch der oben beschriebene Umgehungsmechanismus – der Verkauf der Kredite – wurde durch Basel II nicht verhindert, zumal weiterhin die Banken, bzw. die von ihnen beauftragten Ratingagenturen, die Risiken selbst einschätzten. Solange die Preise stiegen, funktionierte dieses System. Wurde ein Gläubiger zahlungsunfähig, konnte das Haus mit Gewinn zwangsversteigert werden. Doch allmählich stagnierten bzw. fielen die Preise. Die Anhebung der Zinssätze durch die amerikanische Zentralbank führte auch bei den variablen Hypotheken zu höheren Zinssätzen. Anfang 2007 konnten 14% der Subprime-Kreditnehmer ihre Hypothekarschulden nicht mehr begleichen. Jetzt war der Punkt erreicht, an dem die Zwangsverkäufe nicht mehr genug einbrachten: Die Blase platzte.

Darstellungen der Suprimekrise

Erklärung von Bern (EVB): Dossier: Die Finanzkrise

Der österreichische Ökonom **Engelbert Stockhammer** in einem zweiteiligen Artikel in der marxistischen Zeitschrift *Grundrisse*.

Eine gute Darstellung vom Verlauf des Crashes der amerikanischen Finanzindustrie liefert der Artikel **Das Ende der Wall Street** von **Martin Hesse**, erschienen in der *Süddeutschen Zeitung*, Dezember 2008. Er beginnt mit der Eigendynamik, welche in Wertpapiere verbrieftete Kredite sowie Derivate auslösten und die mit der Auflösung der fünf großen New Yorker Investmentbanken Bear Stearns, Lehman Brothers, Merrill Lynch, Morgan Stanley und Goldman Sachs endete, die dem Autor zufolge das Herz der modernen Kapitalmärkte darstellten.

Die amerikanischen RadioreporterInnen **Alex Blumberg** und **Ira Glass** wollten wissen, was eigentlich genau in den letzten Jahren in der Welt der Finanzspekulation passiert ist und stellten einfache Fragen an beteiligte „Banker“. Dabei ging es weniger um die Ursachen der Krise, sondern vielmehr um die Binnendynamik aus Sicht einzelner Akteure. Das **NZZ-Folio 1/2009** lies die Radiosendungen übersetzen und in zwei lesenwerten Teilen verschriftlichen. Die Folio Redaktion selbst legte noch einen dritten, grundlegenden Beitrag zur Ursachenforschung nach, der im wesentlichen auf die Liberalisierung der Finanzmärkte und das Aufkommen riskanter Finanzprodukte wie Verbriefungen und Derivate abstellt.

Frédéric Lordon bietet eine leicht verständliche Nachzeichnung in der *monde diplomatique*.

... zur Bankenkrise

„Längst ist aus der Krise im untersten Segment des US-Hypothekenmarkts eine Kredit- und Bankenkrise geworden.“ Dies schrieb die **Erklärung von Bern (EVB)** bereits im November 2007 in einer hervorragenden Darstellung des Verlaufs und der (globalen) Dimension der sogenannten Suprime-Krise.

Die direkten finanziellen Verluste der Banken sind noch lange nicht abzusehen. Hatte der Internationale Währungsfonds

Wie funktioniert diese Verbriefung? EBK-Bericht zu den „Wertberichtigungen“ der UBS inkl. ihres Hedge-Fonds (DRCM)



www.finma.ch/archiv/ebk/d/publik/medienmit/20081016/ubs-subprime-bericht-ebk-d.pdf



www.evb.ch/p13800.html



www.grundrisse.net/grundrisse28/finanzkrise.htm



<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/52/449777/text/>



www.nzzfolio.ch/www/61554707-6925-4a17-854b-b42244d0559d/show-booklet/63d7c281-bb7a-45ce-a4e6-e778de3432f3.aspx



www.monde-diplomatique.de/pm/2008/10/10.monde-Text1.artikel,a0010.idx,0



www.evb.ch/cm_data/EvB_das-Kapital_Nov07.pdf



www.imf.org/External/Pubs/FT/fmu/eng/2009/01/pdf/0109.pdf

(IWF) im Oktober 2008 noch die Zahl von 1,4 Billionen Dollar genannt, wird im jüngsten Global Financial Stability Report von 2,2 Billionen Dollar ausgegangen.

Weil überhaupt noch nicht klar ist, welche weiteren „faulen“ Werte noch in den Bilanzen versteckt sind, wird von weiteren Verlusten ausgegangen. In diesen Rechnungen freilich fehlen die volkswirtschaftlichen Verluste der durch die Bankenkrise verursachten Wachstumskrise und damit auch die sinkenden Steuereinnahmen der Staaten.

UBS

Die Schweizer Grossbank UBS steht exemplarisch für die weltweite Finanzkrise. An ihr lassen sich die Verschiebungen innerhalb der Finanzmarktindustrie am besten erkennen. Hat sie doch in den vergangenen Jahrzehnten den Schritt von der Vermögensverwalterbank zur globalen Investmentbank vollzogen. Weil sie in den USA immer stärker ins Geschäft mit der Immobilienspekulation einstieg, ist sie als eine der ersten europäischen Grossbanken in den Strudel der Suprime-Krise geraten. Gemäss Handelszeitung.ch vom 13.1.2009 muss die UBS für 2008 einen Verlust von 20 Milliarden Franken ausweisen. Bereits 2007 waren es 4,4 Milliarden. Dazu kommen noch Abschreibungen in Höhe von 49 Milliarden Franken. Zusätzlich sieht sich die UBS mit Ermittlungen seitens amerikanischer Behörden wegen Beihilfe zum Steuerbetrug ausgesetzt. Zwischen 2002 und 2007 soll die Bank 20.000 US-Kunden geholfen haben, insgesamt 20 Milliarden Dollar vor den Steuerbehörde zu verstecken.

.... zur Wirtschaftskrise

Längst ist klar geworden, dass die Finanzkrise eine Wirtschaftskrise geworden ist und dies nicht nur in den USA und Grossbritannien, sondern weltweit. Der **Internationale Währungsfonds IWF** hat Ende Januar seine Prognosen zum Verlauf der Weltwirtschaft nach unten korrigieren müssen. Dem Economic Outlook zufolge sinkt das Wachstum der Weltwirtschaft von 3,4 % im Jahr 2008 auf 0,5% im Jahr 2009. Nimmt man nur die Industrieländer, dann kommt es zu einer Rezession von -2%. Die **Financial Times Deutschland** berichtet sarkastisch, eine der wenigen Boombranchen sei zur Zeit die Vermietung von Lagerhallen. Hinweise und Zahlen zu Konjunktur, Ver-

schuldung und Vermögensverlusten in den USA, aber auch weltweit liefert das **W-Info 1/2009** von **SGB** und **Unia**.

Lotta Suter schrieb am 28.2.2008 in der WOZ über die neue Obdachlosigkeit infolge der Immobilienkrise in den USA.

Daniel Stern berichtet in **Panik in der Wüste (WOZ vom 27.11.2008)** aus der kalifornischen Stadt Palmdale, wie infolge der Immobilienkrise zahlreiche Menschen ihre Schulden nicht mehr zahlen können und von Zwangsversteigerungen bedroht sind.

Die Krise der weltweiten Automobilindustrie und ihre Bedeutung für die Weltwirtschaft skizziert eindrücklich **Winfried Wolf**.

Allerorten ist von Betriebsschliessungen, Insolvenzen, Rationalisierungen und Kurzarbeit zu hören.

Arbeitslosigkeit und Armut

Die ILO (International Labour Organisation) kommt in ihrem Ende Januar in Genf vorgestellten Trendbericht zur Beschäftigung 2009 zu dem alarmierenden Befund, dass infolge der globalen Wirtschaftskrise 2009 zwischen 18 und 50 Millionen ArbeitnehmerInnen (je nach Verlauf der Krise) ihren Job verlieren werden. Der umfangreiche Bericht differenziert nach Regionen und Ländern. Die höchsten Arbeitslosenquoten verzeichnet demnach Nordafrika und der Nahe Osten (mit 10,3 beziehungsweise 9,4 Prozent), gefolgt von Zentral- und Südosteuropa einschliesslich der ehemaligen Sowjetunion (8,8 Prozent), Afrika südlich der Sahara (7,9 Prozent) und Lateinamerika (7,3 Prozent), die niedrigsten hingegen Ostasien (3,8 Prozent). In den Industrieländern, einschliesslich der EU, sind bereits 2008 per saldo mehr Jobs verloren gegangen, als neu geschaffen wurden. Ebenso gravierend ist die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse sowie der Working Poor, der arbeitenden Armen. Der Anteil ungesicherter, informeller Arbeit könnte weltweit von 50 auf 53% steigen, während die Zahl derer, die trotz Arbeit kaufkraftbereinigt nicht mehr als 2 Dollar pro Tag erhalten, 40% von ?? auf 45% ansteigen könnte.

Die Krise in der Schweiz

Nachdem die Arbeitslosigkeit in der Schweiz 2008 durch die gute Konjunktur auf 2,3 % sank, hat sie saisonbereinigt mittlerweile die 3% Marke überschritten.



www.unia.ch/Unia-Wirtschaftsinfo.1973.0.html



www.woz.ch/artikel/2008/nr09/wirtschaft/16006.html



www.woz.ch/dossier/Kapitalismus/17193.html



www.lunapark21.net/archiv/arc_hiv_verkehr.html#Automobilindustrie



www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/mit_kurzarbeit_die_krise_aussitzen_1.1714326.html



www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_101461.pdf



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/UBS_Abstiegshronik_2007-2009.pdf



www.drs.ch/www/de/drs/theme/n/news/wirtschaft/die-ubs-im-strudel-der-finanzkrise/72270.64530.chronologie-der-ubs-finanzkrise.html



www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2009/update/01/index.htm



www.ftd.de/unternehmen/handel_diensteleister/Boommstatt-Rezession-



<http://www.cas.ch/news/story-684804-449>

Prognosen **Serge Gaillards** zufolge, Leiter des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), könnte die Arbeitslosigkeit 2010 auf 4,3% steigen. Einen regelrechten Boom ist bei der Kurzarbeit zu verzeichnen, vor allem im industriellen Sektor, der durch seine Exportabhängigkeit und durch den wiedererstarkten Franken stark von der Weltwirtschaft abhängig ist. Rechnet man im Oktober 2008 85 Firmen Kurzarbeit ab, so waren es im Januar 2009 bereits 800 Firmen. Doch auch dort, wo produziert werden könnte, werden zunehmend geplante Investitionen gestrichen, weil die Banken nicht immer nicht ausreichend Kredit gewähren. Die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH meldet in ihrer Winterprognose 2008/2009, dass mittlerweile auch die Schweizerische Binnenwirtschaft schrumpft.



www.kof.ethz.ch/news/doc.php?did=1401&tid=2

Weitere Folgen: Beispiel Pensionskassen

Auch wenn Ausmass und Entwicklung der Krise nicht absehbar sind, so ist doch von erheblichen Folgewirkungen auf weitere Bereiche auszugehen. Infolge sinkender Steuereinnahmen sowie der durch Rettungspakete und Konjunkturprogramme entstehenden Verschuldung ist – bei gleichbleibenden sozialen Kräfteverhältnissen – mit einem weiteren Abbau sozialer Sicherungssysteme zu rechnen. Einen ersten Vorgeschmack liefert der Beschluss des Schweizer Parlamentes vom Dezember 2008, den Umwandlungssatz der Pensionskassen bei der Rentenzahlung aus der zweiten Säule zu senken. Dies kommt einer faktischen Rentenkürzung von 10% gleich. Hiergegen wird auf Initiative der **Unia** das Referendum ergriffen.



www.unia.ch/Referendum-3258.0.html



Vgl. hierzu **Wolfgang Hafner** „Pensionskassen und Finanzkrise“ in Widersprach 55

Die enormen Verluste, welche die Pensionskassen auf dem Kapitalmarkt infolge ihres spekulativen Engagements erleiden, sollen also ganz direkt auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden.

Folgen für die Entwicklungsländer

Sieht man einmal von der grundlegenden Frage ab, wie eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliche Entwicklung aussehen könnte, muss von einer verheerenden Auswirkung der Krise auf viele „Entwicklungsländer“ ausgegangen werden. Die enorme Abhängigkeit etwa Afrikas von ausländischen Direktinvestitionen und Kapitalzufluss macht sich angesichts des dramatischen Abflusses von Kapital markant bemerkbar.

Das Institute for International Finance (IIF) geht von einem Rückgang des Zuflusses von ausländischem Kapital (ohne IWF Gelder) von 929 Milliarden Dollar im Jahre 2007 auf 466 im Jahre 2008 auf nur noch 165 im Jahre 2009 aus. (Quelle NZZ, 2.2.2009). Allerdings liegt der Kern der Krise offenkundig in den Zentren des Weltkapitalismus, in den USA, Europa und Japan. Dies drückt sich auch darin aus, dass die Schwellenländer gegenwärtig über weitaus höhere Währungsreserven verfügen als die Zentren (siehe dazu auch V.3).

Der Schweizer Soziologe **Jean Ziegler** fordert im Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 21.10.2008 Strafen für Wetten auf Nahrungsmittel und warnt vor den Wirkungen der Finanzkrise auf die armen Regionen der Welt.

Zu den Auswirkungen in Afrika schreibt **Patrick Bond** in der Monthly Review „Wir zahlen - nicht!“ übersetzt von Edward Viesel und redaktionell gekürzt in analyse und Kritik

Wie die Finanzkrise die Lage der Hungernden noch weiter verschärft zeigt **Leo Mayer** in "Voller Tank statt voller Bauch – Weder Fressen noch Moral". Die Preisexplosion bei Lebensmitteln und die damit verbundene Ernährungskrise ist unmittelbar an Funktionsweise des kapitalistischen Weltmarktes gebunden.

Ökologische Folgen

Die Folgen der Finanzkrise auf das globale Ökosystem bestehen im Wesentlichen darin, dass bei unveränderten Kräfteverhältnissen und politischen Prioritätensetzungen noch weniger Finanzmittel für ökologische Belange eingesetzt werden könnten, als auch schon. Der Chef des UN-Umweltprogramms **Achim Steiner** im Interview mit der FR verlangt deshalb einen New Green Deal (siehe auch Rubrik V Alternativen)

Andreas Exner und **Christian Lauk** zeigen, warum von einer *ökologischen Krise des Kapitalismus* gesprochen werden muss. „Peak Oil“, die absehbare Endlichkeit der fossilen Ressourcen des Wirtschaftswachstums, schmälere die Akkumulationsbasis des Kapitalismus. Zum einen vernichte die ökologische Krise – anders als bei normalen Kapitalkrisen – nicht allein den Wert, sondern auch den Gebrauchswert der betroffenen Kapitalien. Zum andern seien auch die erneuer-



www.fr-online.de/in_und_usland/wirtschaft/spezial_finanzkrise/urbokapitalismus/1616315_Tribunal-fuer-Spekulanten.html



www.akweb.de/ak_s/ak533/34.htm



www.isw-muenchen.de/download/hunger-lm-200810.pdf



www.fr-online.de/in_und_usland/wirtschaft/spezial_finanzkrise/urbokapitalismus/1628770_Gruener-New-Deal.html



www.krisis.org/2008/die-oekologische-krise-des-kapitals-more-3027

baren Energien eines „ökologischen“ Kapitalismus stark an die fossilen Energieträger gebunden.

Zusammen mit dem Ökonomen und Umwelttechniker **Konstantin Kulterer** haben die beiden Ökologen und Biologen soeben das Buch „*Die Grenzen des Kapitalismus: Wie wir am Wachstum scheitern*“, Wien 2008, veröffentlicht. Die Stärke des Buches beruht auf der plausiblen Skizzierung der Zusammenhänge von der Finanzmarkt-, Lebensmittel- und Rohstoffkrise.

III Ursachenanalysen

Gewiss könnte man es sich einfach machen, bei Karl Marx nachzuschlagen und den Grund der Krise in dem Umstand finden, dass die notwendigen und hinreichenden Bedingungen der „Plusmacherei“ auseinanderfallen: Die Ausbeutung der Arbeit ist die notwendige Bedingung von Gewinn, ob dieser aber geltend gemacht werden kann, entscheidet sich erst auf dem Markt im gewinnbringenden Verkauf des Erarbeiteten. Doch so einfach hat es sich und uns Marx nicht gemacht. Vielmehr bezeichnete er die seinerzeit bereits bestehenden Finanzprodukte wie Optionen und Aktien als „fiktives Kapital“. Während das „normale“, vorhandene Kapital direkt investiert wird, um über die Ausbeutung der Arbeit Mehrwert, also Gewinn zu erzielen, existiert das fiktive Kapital „noch“ gar nicht, sondern nur in Form von Wetten, Ansprüchen oder Titeln auf zukünftigen Gewinn. Gleichwohl kann dieses Kapital „reale“ Wirtschaftsprozesse, also Ausbeutung von Arbeit, auslösen. Weil jedoch dabei die oben genannte Kluft nicht mehr nur eine ist zwischen Produktion und Realisation des Mehrwerts, sondern zusätzlich noch zwischen der Erwartung zukünftiger Produktion und real stattfindender Produktion, ist die Krisenanfälligkeit derart potenziert, dass sie einer genaueren Analyse bedarf.

III.1 Deregulierung der Finanzmärkte

In der internationalen ökonomischen Literatur hat sich zur Kennzeichnung der Dominanz der Finanzmärkte neben dem Terminus „finanzmarktgetriebener Kapitalismus“ neuerdings der Begriff der „Finanzialisierung“ durchgesetzt. Finanzialisierung ist demnach ein Prozess, in dessen Verlauf Finanzmärkte, -institutionen und -eliten zunehmend Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und auf ökonomische Ergebnisse gewinnen.

Thomas I. Palley identifiziert in *Financialisation: What it is and Why it Matters*, IMK Working Paper, Nr. 4/2008 folgende Charakteristika dieses Prozesses 1) eine Bedeutungszunahme des Finanzsektors gegenüber dem Realsektor; 2) ein Einkommenstransfer vom Real zum Finanzsektor; und 3) ein Anstieg der Einkommensungleichheit sowie eine Mitverantwortung an Lohnstagnation.

Auch **Jörg Huffschnid** sieht eine der Ursachen der heutigen Krise in der Deregulierung der Finanzmärkte, die seit dem Ende von Bretton Woods (siehe Glossar) in den 1970er Jahren einsetzte.

III.2 Überakkumulation von Kapital

Im oben genannten Artikel zeigt Huffschnid auch, dass die Deregulierung der Finanzmärkte nicht nur die Ursache der Finanzspekulation darstellt, sondern auch selbst die Folge einer Überakkumulation von Kapital ist. Mangels ausreichender (bzw. für ausreichend gehaltener) Verwertungsmöglichkeiten innerhalb der „Realwirtschaft“ wurde dieses Kapital zunehmend auf den Finanzmärkten investiert. Ursachen dieser Überakkumulation, dieses überschüssigen Kapitals, wiederum sind die sukzessive Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, die sinkende Lohnquote, Gewinne aus Privatisierungen vormals öffentlich betriebener Leistungen sowie die massive Verlagerung von Rentenbeiträgen aus den Umlagesystemen (z.B. die AHV) hin zu den am Kapitalmarkt anliegenden Pensionskassen und -Fonds.

III.3 Krise des Kapitalismus

Hans Schäppi (Mitglied der Fachgruppe Politische Ökonomie des Denknetz) geht in seiner Krisenanalyse einen Schritt weiter. Er stützt sich auf den Begriff des Akkumulationsregimes. Damit ist ein Set von ökonomischen, sozialen und politisch-ideologischen Herrschaftsmechanismen gemeint, das während einer bestimmten Epoche die Strukturen und Auseinandersetzungen zu prägen vermag. Schäppi analysiert die Krise als Einbruch von zwei Regime-Zyklen: Einerseits des rund 30jährigen neoliberalen Regimes der flexiblen Akkumulation, andererseits des längeren Zyklus der US-zentrierten Weltordnung. Sein Beitrag im neuen Widerspruch steht auch auf der Denknetz-Site zur Verfügung.

Im Interview mit der Gewerkschaft Comedia erläutert **Sebastien Guex**, Professor



www.boeckler.de/pdf/p_imk_wp_04_2008.pdf



www.blaetter.de/artikel.php?pr=2693



Ähnlich argumentiert **Rudolf Hickel** *Die Krise des Spekulationskapitalismus*. <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=2693>



Ausführlich, anschaulich und gut lesbar sind diese Zusammenhänge dargelegt im Buch von **Jörg Huffschnid**: *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg 2002



Finanzkrise und privaten-Rentensysteme, vgl. **Martin Beckmann** www.akweb.de/ak_s/ak533/06.htm



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/schaep-pi_wsp_55.pdf



www.comedia.ch/sebastiengue.x.html



www.krisis.org/wp-content/data/gruppe-krisis-flyer-zur-finanzkrise.pdf

Ausführlich wird diese Argumentation dargelegt in dem zweiteiligen Artikel Weltmarktbeben von **Norbert Trenkle** *Über die tieferliegenden Ursachen der aktuellen Finanzmarktkrise* (2 Teile).



www.streifzuege.org/texte_str/str_08-43_trenkle_weltmarktbeben.html

www.streifzuege.org/texte_str/str_08-44_trenkle_weltmarktbeben2.html



www.woz.ch/dossier/Kapitalismus/17198.html, siehe auch exit-online.org



www.jungle-world.com/artikel/2008/43/2720.html



www.lunapark21.net/archiv/lp21/lp21_0804_54-55.pdf

für Geschichte aus Lausanne, weshalb es sich um eine Krise des Kapitalismus handelt: „Der grösste Widerspruch ist der, dass das kapitalistische System auf der Suche nach dem maximalen Profit beruht.“

Die Finanzkrise offenbart aus Sicht der **Gruppe Krisis** nur die grundlegende Absurdität des Kapitalismus, dass nämlich stofflicher Reichtum nicht identisch mit jenem Reichtum ist, der im Kapitalismus zählt: Der in Geld darstellbare Wert der stofflichen Reichtümer. Das tendenzielle Auseinanderfallen von Gebrauchs- und Tauschwert zeigt sich darin, dass die gemessene Produktivität, der Wert, nur kurzfristig Schritt hält mit der unglaublichen Produktivität kooperativer, menschlicher Arbeit. Im Extremfall bedeutet dies: Je reicher die Gesellschaft an Know-How und an Produktionspotenz, desto ärmer wird sie in der Währung, die den Zugang zu den realen Reichtümern künstlich sanktioniert und verknappt. Für „Krisis“ existiert die jetzige Ausformung der Krise bereits seit den 1970ern. Weil die Vernutzung von Arbeit die Grundlage des Werts darstellt, höhlt die Wegrationalisierung der Arbeit durch steigende Produktivität die Wertbasis des Kapitals aus. Lange Zeit konnte dies durch eine absolute Ausweitung der Produktion im Rahmen der fordistischen Massenproduktion kompensiert werden. Als dieser Mechanismus stockte, übernahm die Finanzmarktindustrie die Funktion, die eigentliche Krise gewissermassen zu überspielen und durch künstliche Mehrwertproduktion, angetrieben durch nicht gedecktes, also nicht-erarbeitetes Geld, immer weiter aufzuschieben.

Weitere marxistische Analysen

Ähnlich wie *Krisis* argumentiert das ehemalige Krisis- und jetzige Exit-Mitglied **Robert Kurz** in der WOZ, 27.11.2008

Michael Heinrich, Autor von „Die Wissenschaft vom Wert“, Münster 4. Auflage 2006, weist ausgehend vom untrennbaren Zusammenhang zwischen Real- und Finanzwirtschaft auf die prinzipielle Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und auf die Rolle des Staates als dessen Krankenpfleger hin.

Und auch **Georg Fülberth** erklärt in seinem Lexikonartikel „Spekulation und Krise“, weshalb der Kapitalismus ohne Spekulation gar nicht zu haben ist.

Die Gruppe **Wildcat** betont gegenüber den oben genannten Analysen die Bedeutung der weltweiten Klassenkämpfe für das Verständnis der Krise. *Globale Krise*

Der englische sozialistische Historiker **Robin Blackburn** über die Ursachen der Krise und seine Vorschläge, sie in eine Politik der Rückumverteilung münden zu lassen. „*The subprime crisis*“ in der *New Left Review*, 50/2008

Der französische Ökonom **Michael Husson** unterhält ein umfangreiches, laufend aktualisiertes Webportal „LaCrise“ mit Darstellungen zur Krise.

Einen prägnanten, kurzen Überblick über die Ursachen bietet Husson in seinem deutschsprachigen Text „*Regulieren oder verstaatlichen?*“, erschienen in der Sozialistischen Zeitung (November 2008)

Husson vertritt ebenfalls die These von der Überakkumulation von Kapital, wonach die exorbitanten Kapitalmassen, die aufgrund der Umverteilung von unten nach oben nach Anlagemöglichkeiten suchen und diese - in Ermangelung von Verwertungsmöglichkeiten im produktiven Bereich - in der Finanzspekulation finden.

Turbulence, ein links-sozialistisches englisches Magazin liefert in der aktuellen Ausgabe 4 zwei interessante Artikel, die eigens für die deutschsprachige Debatte übersetzt wurden. Im ersten vertritt **Christian Frings** die Position, dass die neoliberale ‚Finanzialisierung‘ eine Antwort auf soziale Kämpfe war und die jetzige Krise antikapitalistischen Bewegungen neue Möglichkeiten eröffnet. Im zweiten Text argumentiert **David Harvie**, der Finanzsektor sei von zentraler Bedeutung für die wettbewerbsmäßige Berechnung des Wertmasses der kapitalistischen Produktion, weshalb die gegenwärtige Krise eine Krise der Akkumulation darstelle.

Die Website **radical perspectives on the crisis** enthält viele grundlegende Artikel zur marxistischen Analyse der Krise, die in diversen englischsprachigen Zeitschriften erschienen sind. Zu finden sind dabei namhafte AutorInnen wie Leo Panitch, Imanuel Wallerstein, Naomi Klein oder George Caffentzis.

Die rätekommunistische Gruppe **Eiszeit** aus Zürich hat zur Kundgebung gegen die UBS im November 2008 ein Flugblatt veröffentlicht mit dem erfrischenden Untertitel *Rettungspaket für das Proletariat: Kapitalismus abschaffen!*



www.wildcat-www.de/aktuell/w82_krise.pdf sowie *23 Thesen zur kapitalistischen Krise* www.wildcat-www.de/aktuell/a064_thesen.html



www.newleftreview.org/?view=2715



<http://hussonet.free.fr/lacrise.htm>



<http://hussonet.free.fr/sozd2008.pdf>



www.bfs-zh.ch



<http://turbulencence.org.uk/turbulencence-4/>



<http://sites.google.com/site/radicalperspectivesonthecrisis/>



www.eiszeit.tk/texte/la_crise.htm

IV Staatliche Gegensteuerung

Zu Recht lästert die NZZ am 3. Februar: „Von links bis rechts haben Populisten, alt-neue Staatsgläubige und selbsternannte Moralisten Auftrieb, selbst in Parteien, die sich dem freien Unternehmertum und dem Spiel des Wettbewerbs verpflichtet fühlen“. Zu Recht deshalb, weil die Umtriebigkeit staatlichen Handelns in dieser Krise mit der - wahlweise - erhofften oder befürchteten Wendung zu sozialisierten oder zumindest sozialeren Wirtschaftsformen herzlich wenig zu tun hat. Dass der Staat überhaupt als Akteur in Erscheinung tritt, ob durch Verstaatlichungen oder durch Konjunkturpolitik, ist für sich genommen kein Fortschritt, sondern zielt allenfalls auf einen „Staatssozialismus für Kapital- und Geldvermögensbesitzer auf Kosten der proletarischen Mehrheit der Steuerzahler“, wie **Michael R. Krätke** in *Widerspruch* 55 schreibt.

IV.1 Finanzspritzen und „Verstaatlichungen“

Nach der Privatisierung der Gewinne bringt die Krise die Sozialisierung der Verluste. Zwei Tendenzen zeichnen sich ab: Zum einen die teil- bzw. vorübergehende Verstaatlichung maroder Banken wie die deutsche Commerzbank, was jedoch nichts anderes bedeutet als die Subventionierung der Banken durch Steuergelder minus dem Zuwachs öffentlicher Kontrolle. Zum andern werden, wie in der Schweiz, sogenannte Bad Banks gegründet, die mit staatlichen Geldern den Banken ihren Wertpapiermüll abkaufen.

Eine grundlegende Kritik an der Einrichtung von Bad Banks formuliert **Elmar Altvater**, Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac.

Schweiz

Nachdem noch bis Anfang Oktober 2008 trotzig verkündet wurde, die Schweiz benötige im Gegensatz zur EU und den USA keine staatlichen Rettungspakete für die Banken, beschloss die Regierung der Schweiz, also der Bundesrat, Mitte Oktober ein 76 Milliarden Franken schweres Rettungspaket (6 Mia CHF an die Kapitalbasis, 60 Mia US\$ für den Kauf „toxischer“ Wertpapiere durch die Nationalbank). Auch das Parlament, der Nationalrat, winkte das Paket durch. Schliesslich, so die Argumentation bis in die Linke hinein, sei es unverantwortlich, eine grosse

Bank gegen die Wand fahren zu lassen. Widmer-Schlumpf verwies mahndend auf die rund 70 000 KMUs, die am Tropf der UBS hingen. Dass das eingeschossene Geld niemals wieder hereingeholt werden kann, davon geht selbst der Bundesrat aus. Bei einem allfälligen Verkauf der Papiere gehe die erste Milliarde direkt in den Bundeshaushalt, darüber hinausgehende Erlöse sollen hälftig zwischen UBS und Bund geteilt werden.

Gewerkschaften und SP kritisierten das Paket, weil mit ihm praktisch weder Auflagen noch zusätzliche Kontroll- und Einflussmöglichkeiten des Bundes verknüpft wurden. Noch im Januar 2009 wurden 2 Milliarden Boni-Auszahlungen genehmigt. Grundlegendere Einwände gegen das Rettungspaket waren hingegen selten. **Beat Ringger** brachte etwa die Idee einer Verstaatlichung der UBS ins Spiel, die jedoch nicht das überkommene Geschäftsmodell der UBS retten, sondern dem demokratischen Umbau der Wirtschaft dienen solle. Vgl. seinen Beitrag in der WOZ sowie Reaktionen darauf.

Wirft man einen Blick etwa auf Deutschland, dann scheinen die Zeichen der Zeit auf Verstaatlichung der Banken zu stehen. Die Frage ist aber welche Verstaatlichung. Es geht den Regierungen bislang jedenfalls nicht um eine Verstaatlichung, die die Bedürfnisse der Lohnabhängigen aufgreift entsprechend in die Wirtschaft eingreift, sondern um die Sicherstellung der Reproduktion des Kapitalverhältnisses. Die Massnahmen des Staates laufen jedenfalls darauf hinaus, seine Rolle als „ideeller Gesamtkapitalist“ wahrzunehmen, so **Michael Heinrich** in seinem Beitrag „Spielregeln, nicht die Spieler“ in der TAZ vom 15.1.2009.

IV.2 Re-Regulierung der Finanzmärkte

Verschiedene Länderorganisationen von **attac** haben Forderungen für eine Regulierung vorgelegt. Hierzu gehören: Schaffung eines neuen "Bretton Woods" unter Aufsicht der UN zur Koordination und Kontrolle der Finanzmärkte; Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive Devisentransaktionen); Progressive Besteuerung von Kapitaleinkommen; Einrichtung eines Krisenfonds, der durch eine Sonderabgabe auf über 50.000 Euro und eine einprozentige Extrasteuer auf Unternehmensgewinne finanziert werden soll; Verschärfte Eigenkapitalvorschriften; Verbot der Praktiken der Verbriefung; Stärkung des öffentlichen und genossenschaftlichen Banken-

Das UBS-Rettungspaket des Bundes im Detail



www.drs.ch/www/de/drs/theme/n/news/wirtschaft/die-ubs-im-strudel-der-finanzkrise/72270.9584.2.rettungspaket-des-bundes-im-detail.html



http://www.denknetz-online.ch/spip.php?page=denknetz&id_article=179&de-sign=1&lang=de



www.taz.de/1/ebate/theorie/artikel/1/die-spielregeln-nicht-die-spieler/



www.attac.de/uploads/media/sig_02.pdf



www.widerspruch.ch



www.casinoschliesen.de/uploads/media/Altwater_Toxische_Ide_e.pdf



http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitische_informationen/data/08-07_absturz_finanzmaerkte.pdf



www.rosalux.de/cms/index.php?id=17967



www.sgb.ch/download/090105_Daniel_Lampart.pdf



www.handelsblatt.com/politik/international/us-senat-einigt-sich-auf-konjunkturpaket;2143385



http://www.etuc.org/IMG/pdf_ETUC-Entscheidung-EU-Konjunkturprogramm-DE.pdf



www.sp-ps.ch/fileadmin/download/Diverses/Dossiers/Finanzmarkt_krise/08_1031.pdf



www.sgb.ch/download/Dossier_62.pdf

wesens; Kontrolle von Rating-Agenturen; Verbot des Derivate-Handels „over the counter“; Schliessung von Steueroasen

Regulierungsvorschläge der wirtschaftspolitischen Abteilung der Gewerkschaft **Verdi**

Tatsächlich kommt die vielfach geforderte Re-Regulierung der Finanzmärkte nicht voran. **Mario Candeias** zum Stand der internationalen Bemühungen.

Der SGB-Ökonom **Daniel Lampart** erläutert, warum der Erhöhung der Eigenmittelvorschriften für Banken eine zentrale Bedeutung zukommt.

IV.3 Konjunkturpolitik

In vielen Industrienationen wurden mittlerweile milliardenschwere Konjunkturprogramme beschlossen bzw. geplant. In den USA wird der Staat wohl 780 Milliarden Dollar in die Wirtschaft pumpen, protektionistische Elemente inklusive („buy american“). Andernorts ist man zögerlicher, weshalb der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) Ausgaben von 2% des BIP für alle europäischen Länder fordert. Neben der kurzfristigen Ankurbelung der Konjunktur gehe es um langfristige Investitionen in Qualifizierung und Bildung sowie die Verteidigung der Löhne und Gehälter durch eine Stärkung der Bindungskraft von Gesamtarbeitsverträgen.

Schweiz

Während das UBS-Rettungspaket von 68 Milliarden plötzlich ganz schnell geschnürt und abgeschickt wurde, zögerte der Bundesrat lange, überhaupt an ein Konjunkturpaket zu denken. Mit einer Mischung aus Gelassenheit und trotzig anmutender Naivität weigerte man sich, auch für die Schweiz die Krise zu konstatieren. Exemplarisch hierfür steht die Antwort des Bundesrates vom August 2008 auf eine Anfrage von **Anita Fetz** (SP) zur Dimension der Krise in der Schweiz.

Der **SGB** hat im November deshalb ein Dossier vorgelegt, in welchem die positive Bedeutung von Konjunkturpolitik betont wird und entsprechende Kriterien definiert werden. Auf Grundlage einer Evaluation der Wirkung zweier Konjunkturprogramme aus den 1990er-Jahren empfiehlt der SGB öffentliche Bauinvestitionen sowie die Kaufkraftstärkung unterer Einkommensgruppen, während Steuersenkungen deshalb abgelehnt werden, weil diese in aller Regel nur den höheren Einkommensgruppen dienen.

Im Auftrag von **Unia** und **SGB** hat die

Konjunkturforschungsstelle **KOF** die Wirkung eines Investitionsprogramms in Höhe von 5 Milliarden Franken für den Zeitraum 2009 bis 2011 berechnet. Die KOF kommt darin zum Schluss, dass das vorwiegend auf Infrastrukturbauten abstellende Impulsprogramm Investitionen von über 7 Milliarden Franken auslösen sowie 20'000 Stellen sichern könnte.

SP-Vorschlag für ein intelligentes Konjunkturprogramm vom 31.10.2008

Weil die Krise spezielle Auswirkungen auf Frauen habe, müssten allfällige Konjunkturprogramme spezielle feministische Forderungen berücksichtigen, insbesondere eine Stärkung der Care-Ökonomie, so **Mascha Madörin** in der WOZ.

Ende November 2008 entschied sich dann der Bundesrat doch noch, ein Paket in Höhe von knapp 1 Milliarde Franken auf den Weg zu bringen, wobei es sich dabei lediglich um vorgezogene Massnahmen handelt. Im März 2009 soll je nach wirtschaftlicher Entwicklung über eine Aufstockung in Höhe von 500 Millionen nachgedacht werden, diesmal dann wirklich für Altbausanierung und Strassen- sowie Schienenbau.

Dies sei viel zu wenig, auch im internationalen Vergleich, findet **Gian Trepp**. Orientiert an der EU-Empfehlung von 1,5 % des BIP (mittlerweile sind es 2 %) müsste das Paket 6 Milliarden umfassen.

V Alternativentwürfe

V.1 Alternative Wirtschaftspolitik

In *Rohstoff für radikale Reformen*, erschienen in der Wochenzeitung WOZ vom 4.12.08, skizziert **Beat Ringger**, Sekretär des Denknetzes, Überlegungen für radikale Reformen. Die Vorschläge beziehen sich auf die Schweiz und umfassen Themen wie das Steuerhinterziehungsgeheimnis, eine aktive Verstaatlichung der UBS, eine massive steuerpolitische Wende und die Halbierung des CO₂-Ausstosses.

Einen umfassenderen, grundsätzlicheren Beitrags des gleichen Autors findet sich in der neuen Nummer von Lunapark21 unter dem Titel „Sozialismus revisted“.

Die **Euro-Memorandum-Gruppe**, eine Vereinigung von rund 300 europäischen Ökonominen, die in einem jährlichen Memorandum konkrete Vorschläge für eine alternative Wirtschaftspolitik unterbreitet. Das neueste Memorandum 2008/2009 formuliert "*Alternativen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus*".



www.sgb.ch/download/090120_KOF_Studie.pdf



www.sp-ps.ch/fileadmin/download/Publicationen/links.ch/2008/links.ch_93-2008.pdf



www.woz.ch/artikel/newsletter/17203.html



www.evd.admin.ch/themen/00129/01097/index.html?lang=de



www.woz.ch/dossier/Kapitalismus/17265.html



Der Text sowie Reaktionen und Diskussionsbeiträge unter:



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Raeder_wechseln_Rohstoff_Reformen_1.12.08.pdf



www.lunapark21.de



www.memo-europe.unibremen.de/download/Euromemo2008_Germanfin.pdf



www.evb.ch/cm_data/BankTrack_El_Escorial_Declaration_06112008.pdf



www.facebook.com/group.php?gid=52438855147



www.prager-fruehling-magazin.de/serveDocument.php?id=22&file=0/2/87a.pdf



<http://climateandcapitalism.com/>



www.vsp-vernetz.de/soz-0812/081220.php



www.widerspruch.ch



www.prokla.de/aktuell.htm



Éric Toussaint, Banque du Sud et nouvelle crise internationale, coédition CADTM-Syllepse, Liège-Paris, (2008).



www.widerspruch.ch/



www.wildcat-www.de/aktuell/a068_khroth_krise.htm



<http://zmag.de/artikel/der-aufziehende-kapitalistische-konsens/?searchterm=bello>



www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/Kapikon/Texte/Wolf.doc



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Faire_Steuern_fur_eine_gerechtere_Welt.pdf

Eine alternative Wirtschaftspolitik ist letztlich nur möglich, wenn die Wirtschaft demokratisch kontrolliert und gesteuert wird. In diesem Sinne werden angesichts der jetzigen Krise wieder verstärkt Konzepte der Wirtschaftsdemokratie diskutiert. Einige Beiträge der aktuellen Ausgabe des **Widerspruchs 55** bieten interessante Einblicke in die Debatte.

Nach den Perspektiven der globalen Klassenkämpfe fragt **Karl Heinz Roth** in *Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven*

Walden Bello, philippinischer Soziologe und Träger des alternativen Nobelpreises, hegt grosse Zweifel, ob die Krise zu wirklichen Veränderungsprozessen führen könnte. Vielmehr sieht er einen neuen sozialdemokratischen, pro-kapitalistischen Konsens (global social democracy, GSD), bei dem es sich „wie beim alten keynesianischen Regime der Nachkriegszeit um Sozialmanagement (handele). Im Gegensatz dazu geht es bei progressiven Perspektiven um soziale Befreiung.“

Frieder Otto Wolf, Professor für politische Philosophie, plädiert in seinem Essay *What 'capitalism' is, what it means to be against it, and what it takes to end it* für eine Integration ökologischer und feministischer Ansätze in die Kritik des Kapitalismus. Dies verbindet er mit einer zeitgemässen Interpretation der Marx'schen Kapitalismuskritik.

Werner Kallenberger, ehemaliger Professor und Dozent für Recht und Kommunikation an der Züricher Hochschule Winterthur, hat im August 2008 für das Denknetz ein umfassendes Konzept für eine soziale Steuerreform in der Schweiz geliefert. Angesichts der vergleichsweise niedrigen Staatsquote der Schweiz von ca. 29% (OECD Schnitt ca. 37%) wäre der Spielraum für eine stärkere Besteuerung der einkommensstarken Schichten und der Unternehmen und damit der Voraussetzung für eine Rückverteilung des privat angeeigneten Vermögens nach unten und in die öffentlichen Kassen gegeben. *Faire Steuern für eine gerechtere Welt*

V.2 Green New Deal

Durch Staatsausgaben sowie Umverteilung von Oben nach Unten soll die Wirtschaft angekurbelt werden und gleichzeitig zu einem ökologisch nachhaltigen Produktions- und Konsummodell führen. Dies ist das Ziel eines „Green New Deals“, welches das internationale NGO-

Netzwerk **BankTrack**, das u.a. von der Erklärung von Bern mitbegründet wurde, im November 2008 in der „El Escorial“-Erklärung fordert.

Links zum Thema New Green Deal auf der Seite des ehemaligen Sprechers von Attac Deutschland, **Sven Giegold**, der neu zu den deutschen Grünen übergetreten ist:

Der grüne Kapitalismus könne die ökologische Krise nicht lösen, sondern versuche vielmehr, von ihr zu profitieren, so der Einwand der **“20 Thesen gegen den grünen Kapitalismus: Keine falschen Lösungen! Klimagerechtigkeit jetzt!”** im Magazin „Prager Frühling“ vom 08.12.2008

Mit dem schönen Untertitel *Ecosocialism or Barbarism: There is no third way* (Ökosozialismus oder Barbarei: Es gibt keinen dritten Weg) unterhält **The Ecosocialist International Network** eine umfangreiche Website *Climate and Capitalism*, auf der etliche Artikel ebenfalls die Vorstellung kritisieren, ökologisches Wirtschaften sei auch mit Marktprinzipien möglich.

Vielmehr gelte die Losung „Save the planet from capitalism“, so der Titel eines entsprechenden Artikels. Auch der amerikanische Autor **Mike Davis** erläutert in *Willkommen im Anthropozän*, warum der Klimawandel nicht mit dem Markt bekämpft werden kann.

V.3 Globale Auswirkungen und Perspektiven

Der in diesem Infobrief mehrfach erwähnte neue **Widerspruch**-Band enthält mehrere Beiträge, in denen die internationalen Auswirkungen diskutiert werden, wie sie durch die Krise ausgelöst und verstärkt werden, z.B. im Hinblick auf die Dominanz der USA. Michael Krätke und Hans Schäppi etwa diskutieren die Frage nach globalen Alternativen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die neue Nummer der **PROKLA-Zeitschrift Nr 153**, „Die USA nach Bush“. Trevor Evans fragt in seinem Beitrag nach den Möglichkeiten und Grenzen der US-amerikanischen Geldpolitik, Christoph Scherrer diskutiert die Frage, ob das US-Finanzkapital trotz der Krise hegemonial bleiben wird.

Der Belgier **Éric Toussaint**, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac France und im internationalen Council des Weltsozialforums, geht in seinem neuen Buch der Frage nach, welche Spielräume in der Krise für die Länder des Südens

des Südens entstehen. Toussaint schält dabei die neuen Vorzeichen heraus: Die BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China), aber auch weitere Schwellenländer (z.B: Singapur) verfügen gegenwärtig über enorme Kapitalstöcke. Er stellt die Frage, ob es diesen Ländern gelingen kann, diese Kapitalien verstärkt für die eigenen Entwicklung zu nutzen, und diskutiert dies anhand der neuen Banco del Sur.

Vom 8. bis zum 11. Oktober trafen sich in **Caracas** ÖkonomInnen und ForscherInnen aus 18 Ländern, um über die Wirtschaftskrise und ihre Bewältigung zu debattieren. Der folgende (englische) Text dokumentiert die Schlussfolgerung der Konferenz.

V.4 Steuerflucht und ihre Bekämpfung

Die **Erklärung von Bern (EVB)** kritisiert schon lange, dass die Schweizer Banken im grossen Stil Steuerfluchtgelder aus aller Welt verwalten und damit wirtschaften. Auch diese Summen stehen den öffentlichen Haushalten und den Wirtschaftskreisläufen nicht mehr zur Verfügung und forcieren die Aufblähung des Finanzsektors. Es liegt in der Natur der Sache, dass es keine präzisen Angaben über das Gesamtvolumen der Steuerflucht in die Schweiz gibt. Je weniger Regulierung, je weniger Transparenz, umso weniger Zahlen. Vorsichtige Schätzungen des EVB gehen von 2500 bis 4000 Milliarden Franken, also 2,5 bis 4 Billionen in der Schweiz geparkten ausländischen Privatvermögen aus. Ca. ein Fünftel dieser Gelder stammen aus sogenannten Entwicklungsländern. Die EVB schätzt, dass diesen dadurch jährlich Steuereinnahmen von 5,4 bis 22 Milliarden Franken entgehen. Sie macht Vorschläge, was zu tun sei, um diese Politik zu stoppen.

Viktor Parma und **Werner Vontobel**, Autoren eines neuen Buches mit dem Untertitel: Steuerflucht: *Wie sich der grösste Bankenstaat der Welt korrumpiert und andere Länder destabilisiert*, geben im WOZ Interview vom 5.2.2009 eine Reihe von interessanten Hinweisen darauf, seit wann, warum und mit welchen Folgen die Schweiz eine Steueroase ist. Darüber hinaus kommen sie zum Schluss, dass der Finanzplatz für die Schweiz zu überdimensioniert ist.

Aus den Reihen des **Tax Justice Networks** stammt eine empfehlenswerte neue Publikation: Tax Justice. Putting Global Inequality on the Agenda. Edited by Matti Kohonen and Francine Mestrum, Pluto-Press, London, Jan 2009.

Die OECD hat im November 2008 einen, wenn auch unverbindlichen, Katalog zur Steuerfluchtbekämpfung beschlossen, auf dessen Grundlage im Sommer 2009 die sogenannte schwarze Liste der Steueroasen veröffentlicht werden soll.

VI Kapitalismusbilder

Im Editorial der britischen Wirtschaftszeitung „Economist“ vom 18. Oktober 2008 ist zu lesen: „*Langfristig wird vieles von der Frage abhängen, wem und was diese Katastrophe angelastet wird. Das ist eine wichtige intellektuelle Schlacht, die gewonnen werden kann und muss.*“ Dieser Einschätzung schliessen wir uns gerne an, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Zweifelsohne hat sich jene marktradikale Vorstellung heute diskreditiert, wonach Märkte umso effektiver und letztlich zum Wohle aller wirken, je ungezügelter sich Akteure auf ihnen bewegen können. Aber erweitert sich dadurch automatisch schon der Spielraum für eine grundlegende Kritik der sozioökonomischen Verfasstheit unserer Gesellschaft? Oder wird nicht eher der Kapitalismus gestärkt, indem dessen „eigentliche, realwirtschaftliche Seite“ beschworen wird?

VI.1 Die Krise existiert nicht

Die **Weltwoche** vom 16.10.08 belegt, wie wenig die neoliberalen Exponenten die Krise des eigenen Systems verstehen. Die Weltwoche titelt: "la crise n'existe pas" und mahnt Entkrampfung an. Economiesuisse-Präsident **Gerold Bührer** sieht grosse Chancen für die Schweiz, wenn sie sich nur nicht von Pessimisten und Liberalismus-Verächtern beeinflussen lasse.

Alles sei halb so schlimm, argumentiert auch der liberale Hausökonom der deutschen FAZ, **Rainer Hank** in Irrtum der Endzeitpropheten.

VI.2 Keine Krise des Kapitalismus?

„*Die politischen Ökonomen, die vorgeben, die regelmäßigen Zuckungen von Industrie und Handel durch Spekulation zu erklären, ähneln der jetzt ausgestorbenen Schule von Naturphilosophen, die das Fieber als den wahren Grund aller Krankheiten ansehen.*“ (Karl Marx, MEW 12, 336.)

Ganz offensichtlich besteht ein starkes Bedürfnis, die Beruhigung und Vergewisserung zu erlangen, es könne alles im Grunde so weitergehen. Neben dem oben genannten Kleinreden der Krise sticht vor



www.evb.ch/cm_data/OECD-Steuroasen_Beschluesse_21102008.pdf



www.venezuela.naly-sis.com/analyses/3879



Dazu Andreas Missbach:
www.evb.ch/p25014876.html



Empfehlenswert ist auch die neue EvB-Broschüre zum Thema:
<http://www.evb.ch/p25014844.html>



www.woz.ch/dossier/Kapitalismus/17477.html



Viktor Parma und Werner Vontobel:
„Schurkenstaat Schweiz?“, Bielefeld 2009



www.taxjustice.net/cms/front_content.php?idcatart=47



www.weltwoche.ch/ausgaben/2008-42/artikel-2008-42-kommentar-die-schweiz-muss-die-chance-packen.html



www.faz.net/s/Rub58241E4DF1B149538ABC24D0E82A6266/Doc-E8DEE17CE3319411981E8C165AA50D7C2-ATpl-Ecomment-Scontent.html



www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Medien_und_Finanzkrise_PZ_09.12.08.pdf



www.das-kapital-le-sen.de/?p=120



<http://climateandcapitalism.com/?p=573>



www.piconet-work.org/news/pico-launches-national-campaign-to-prevent-foreclosures.html



<http://bailout-mainstreet.com/>



www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress/startseite/



www.gruppe-soziale-kaempfe.org/28.3.2008



www.vorwaerts.de/artikel/dgb-plant-kapitalismuskongress



www.unrast-verlag.de/unrast,2,307,13.html



www.woz.ch/dossier/Kapitalismus/17317.html



www.akweb.de/ak_s/ak532/17.htm



www.proletarischem-briefe.de/?p=151#more-151



Schatz/ Woelldike: *Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur Aktualität einer folgenreichen, antisemitischen Projektion*, Münster 2001.



www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/34/15a.htm



www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/real/insekten.html

allen Dingen das Herauslösen der Krisenursachen aus dem Geflecht realwirtschaftlicher Alltagsbeziehungen ins Auge. Um eine Ahnung davon zu bekommen, warum die Menschen trotz Krisen immer an den Kapitalismus glauben, muss dessen religiöse Essenz in Augenschein genommen werden, findet **Paul L. Walser**: *Kapitalismus als Religion* in WOZ, 18.12.2008

Anna Blume und **Nick Sinakusch** fassen gängige Erklärungen, die vom Kapitalismus abstrahieren, wie folgt zusammen: Die Krise habe mit Marktwirtschaft eigentlich nichts zu tun, sondern vielmehr mit Gier und Größenwahn, mangelnder Transparenz, fehlendem Staat bzw. Regulierung.

Eine pointierte Polemik, aber auch eine sehr gute Typologie solcher Erklärungen liefert **Günter Sandleben** in *Mythos Finanzkrise*

VI.3 Gutes Real-, böses Finanzkapital?

Eine Verherrlichung der Realwirtschaft geht oft mit einer Verteufelung der vermeintlich irrealen „Finanzwirtschaft“ einher. Eine solche Unterscheidung zwischen „raffendem und schaffendem Kapital“ (so die Begrifflichkeit im Nationalsozialismus) folgt nicht zwingend einer antisemitischen Struktur, wie oftmals behauptet wird. Zwar fungieren Topoi wie „jüdischer Mammon“, „jüdische Geldgier“ und „jüdische Arbeitscheu“ als Projektionsfläche zur ideologischen Bearbeitung von Krisen, doch bedarf der Antisemitismus weiterer Voraussetzungen. **Andrea Woelldike** und **Holger Schatz** entwickeln diese Voraussetzungen in einem 2001 erschienen Buch. In der Zeitschrift *Jungle World* erschien ihr Artikel „*Prometheus' teutonische Erben. Im Antisemitismus zeigt die Jagd nach der „verlorenen Ehre der Arbeit“ ihre mörderische Konsequenz.*

Zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung um Krisenerklärungen und ihre ideologischen Implikationen kam es in Deutschland im Rahmen der sogenannten „Heuschreckendebatte“. Der Fachbereich Wirtschaftspolitik von verdi veröffentlichte anlässlich eines Arbeitskampfes gegen eine Firmenabwicklung durch ein Private-Equity Unternehmen 2007 eine Broschüre mit dem Titel: *Finanzkapitalismus. Geldgier in Reinform!*, dessen Umschlag ein Heuschreckenschwarm zierte. Umgehend setzte mit der Replik „Heuschrecken sind keine Erklärung“ der **Finanzkapital AG** beim Verdi Bezirk Stuttgart eine Diskussion ein, welche auf **Labournet** nachvollzogen werden kann.

Medien und Krise

Die Finanzkrise ist auch eine Medienkrise, weil die Leitmedien durch ihre weitgehend unkritische Verbreitung der neoliberalen Ideologie individuelle Gewinnmaximierung zur gesellschaftlich anerkannten Logik gemacht haben. **Pascal Zwicky** analysiert die Hintergründe und macht Vorschläge, wie eine kritische Berichterstattung gestärkt werden kann.

Jenseits der genannten Relativierungs- und Beruhigungsdiskurse scheint die Finanzkrise auch grundlegendere Kritik zu motivieren. „Das Kapital“ geht weg wie warme Weggli“, titelte am 14. Oktober 2008 der Schweizer *Blick* und verwies auf die aktuellen Verkaufszahlen der Marx-Engels-Werke, die in dem Masse stiegen, wie die Börsenkurse fielen. **Sabine Nuss**, **Anne Steckner** und **Ingo Stützle** analysieren diesen Marx-Hype und folgern: „Die Kluft zwischen dem, wofür Marx in der gegenwärtigen Krise herhalten muss und dem, wofür er tatsächlich steht, ist groß. Sie erklärt, warum die Marx-Bubble platzen wird, sobald die Maschine wieder hochgefahren ist. Es sei denn, die Leute beginnen, Marx zu lesen, statt bloss über ihn zu reden.“

VII Vermischtes

Angeichts des Arbeitsplatzabbaus beim angeschlagenen Autokonzern hat ein **Volvo-Arbeiter** in Göteborg ein Konzept erarbeitet, dass nicht die Rettung der Autoproduktion bei Volvo, sondern den Umbau der Produktion auf andere, umweltfreundlichere Produkte sowie eine generelle Arbeitszeitreduktion vorsieht.

Mehr als eine Millionen Zwangsräumungen hat es bis Ende 2008 in den USA bereits gegeben. Doch nun formiert sich zunehmender Protest von Betroffenen, unterstützt vom Netzwerks **PICO** (People Improving Communities Through Organizing), das von lokalen, religiösen Initiativen getragen wird.

Bailout Main Street ist ein Informations- und Aktionsportal, welches von namhaften amerikanischen Intellektuellen wie Naomi Klein oder Noam Chomsky unterstützt wird.

Kapitalismus am Ende?, Analysen und Alternativen, Kongress von ATTAC Deutschland, 6. – 8. März 2009, Berlin, Technische Universität

We do not want to pay for their crisis - Nous ne voulons pas payer leur crise - Wir wollen für ihre Krise nicht zahlen. **Weltweiter Aktionstag** aus Anlass des nächsten G-20 Treffens in London, Demos in Paris, London und Berlin

Der Deutsche Gewerkschaftsbund plant für Mitte Mai einen „**Kapitalismuskongress**“ zur Aufarbeitung der Finanz- und Wirtschaftskrise mit anschließender Demonstration.

Buchankündigungen

Ernst Lohoff / Norbert Trenkle (Gruppe Krisis): *Crashkurs. Vom finanzkapitalistischen Krisenaufschub zur globalen Notstandsverwaltung* ca. 100 Seiten (Mai 2009)

Thomas Sauer / Silke Ötsch / Peter Wahl (Hrsg.): *Das Casino schließen! Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac.* 224 Seiten (April 2009)